

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

Regierung der Veränderung?!

M5S und Lega stellen Koalitionsvertrag vor

Am heutigen Montagnachmittag werden sich Luigi di Maio, Spitzenkandidat der Fünf-Sterne-Bewegung, und Lega-Chef Matteo Salvini zum Quirinal – dem Sitz des italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella – begeben, um ihm nach mehr als 70 Tagen andauernder Regierungskonsultationen, nicht nur das Regierungsprogramm zu übermitteln, sondern auch den Namen eines möglichen Premierministers zu nennen und mit ihm eine Regierungskonstellation zu diskutieren. Mattarella will, so heißt es in den Medien, vor allem bei der Besetzung des Außen-, Finanz- und Verteidigungsministerium höchste Sorgfalt walten lassen.

Mehrheit stimmt für Koalitionsvertrag

Am Wochenende hatten die beiden politischen Kräfte, die aus der Parlamentswahl am 4. März 2018 in Italien als Sieger hervorgegangen sind, über ihren Koalitionsvertrag für eine „Regierung der Veränderung“ abstimmen lassen. Über die Plattform Rousseau gaben 44.796 der eingeschriebenen Mitglieder der Fünf-Sterne-Bewegung ihre Stimme ab – 94 Prozent stimmten nach Angaben der Bewegung dafür.

Die Lega hatte am Wochenende Sympathisanten zu ihren Abstimmungspavillons eingeladen, die sie auf Plätzen in unterschiedlichen Städten im ganzen Land errichtete. Nach Angaben der Lega haben 215.000 Bürger an der Abstimmung teilgenommen - 91 Prozent stimmten für den Koalitionsvertrag. Bei der Abstimmung im Pavillon musste keine Parteizugehörigkeit nachgewiesen werden. Jeder konnte mitmachen.

Bindungskraft des Vertrages

Erstmals in der Geschichte der Italienischen Republik haben politische Kräfte einen Koalitionsvertrag zur Basis ihrer gemeinsamen Zusammenarbeit gemacht. Experten sind sich uneinig bezüglich des Einflusses und der Bindungskraft, die dieser Vertrag im Laufe der Legislaturperiode haben wird: Die Mehrheit geht davon aus, dass der Koalitionsvertrag keinen großen Einfluss auf die Arbeit der beiden politischen Kräfte haben wird und stufen die vertragliche Bindungskraft dementsprechend gering ein. Es gibt jedoch Stimmen, die diesen Vertrag als wichtige Basis sehen, der sowohl als „Instrument“ als auch als „Waffe“ in Zukunft dienen kann, wenn er tatsächlich umgesetzt wird. Für die Fünf-Sterne-Bewegung stellt er mit Sicherheit eine Herausforderung dar, da sie zukünftig ihre Positionen nicht so einfach durch das Austauschen von Texten und Argumenten auf ihrer Internetplattform verändern kann, wie dies u.a. beim Wahlprogramm kurz nach der Wahl geschehen ist. Außerdem wird es interessant werden zu beobachten, wie die Wähler mit möglichen Abweichungen vom Koalitionsvertrag in Zukunft umgehen werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Mehr Lega oder mehr Sterne? Inhalte und Positionen**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN****Mai 2018**

Die Lega konnte in dem vorliegenden Vertrag ihre Interessen klar durchsetzen. Im Gegensatz dazu, soll die M5S einen stärkeren Einfluss auf die Auswahl des Premierministers haben. Experten schätzen, dass die Positionen in dem Koalitionsvertrag zu 80 Prozent von der Lega und nur 20 Prozent von der Fünf-Sterne-Bewegung stammen. Unter anderem spiegelt sich der von der Fünf-Sterne-Bewegung im Wahlkampf verfolgte Ansatz einer „Smart Nation“ im Koalitionsvertrag nicht wider.

Gelb-Grüne-Regierung – was sagen die Italiener?

Nach Angaben der Tageszeitung „La Repubblica“ (Sonntag, 20. Mai 2018, S. 2) sprechen sich sechs Italiener von 10 für eine „gelb-grüne“ M5S-Lega-Regierung aus. Matteo Salvini konnte in den letzten Umfragen weiter an Zustimmung gewinnen: Seine Partei liegt derzeit bei 22 Prozent (Fünf-Sterne-Bewegung bei 31 Prozent). Salvini wurde von den Befragten mit 52 Prozent der Stimmen zu dem beliebtesten „Leader“ gewählt. Damit hat er den scheidenden Premierminister Paolo Gentiloni überholt, der bei 48 Prozent liegt und damit circa 4 Prozentpunkte im Vergleich zum Vormonat verloren hat. Luigi Di Maio liegt auf der Beliebtheitsscala bei 42 Prozent, Silvio Berlusconi bei 29 Prozent.

Staatspräsident Mattarella als Garant

Das Vertrauen in den italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella ist gestiegen. 55 Prozent der Befragten sprachen ihm das Vertrauen aus. Im Dezember 2017 waren es noch 46 Prozent. Vor allem unter den älteren Menschen in der Bevölkerung (bei den über 65-jährigen) ist das Vertrauen in den Staatspräsidenten mit 74 Prozent besonders hoch. Interessant ist, dass das Vertrauen in den Staatspräsidenten auch unter den Lega- und Sterne-Anhängern nach den Regierungskonsultationen gestiegen ist: Heute sprechen 39 Prozent der Lega-Anhänger Mattarella ihr Vertrauen aus – im Dezember waren es noch 17 Prozent. Unter den Sterne-Anhängern sind es jetzt 45 Prozent, während im Dezember 2017 nur 25 Prozent dem italienischen Staatspräsidenten ihr Vertrauen schenkten.

Reaktionen aus Europa

Italien, Gründervater der Europäischen Union, schaut erstmals einer Regierung entgegen, die sich aus europakritischen bis verneinenden politischen Kräften zusammensetzt. Dies ist vor allem mit Blick auf die bevorstehenden Europawahlen 2019 besorgniserregend.

Der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber zeigte sich besorgt mit Blick auf die neue Regierung aus M5S und Lega: „Das ist ein Spiel mit dem Feuer, weil Italien hoch verschuldet ist“, so sagte der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei der Deutschen Presse-Agentur. Er warnt davor, dass „irrationale oder populistische Aktionen“ eine neue Euro-Krise hervorrufen könnten – auch wenn man das Wahlergebnis der Parlamentswahlen natürlich respektieren müsse. Auf dem EU-Gipfel in Sofia sagte der französische Präsident Macron, er sehe „heterogene und paradoxe Kräfte“ bei der Regierungsbildung. Er vertraue jedoch auf den italienischen Staatspräsidenten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO
ITALIEN

Mai 2018

Teilübersetzung des Koalitionsvertrags

Teile aus dem 55 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag zwischen Lega und M5S hat das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Italien übersetzt, um einer deutschsprachigen Leserschaft Einblicke in Teile des Vertrags zu verschaffen, der nach Angaben der politischen Kräfte Grundlage ist für eine „Regierung der Veränderung“. Dabei wurden die Aspekte des Vertrags ausgewählt, die eine besondere Relevanz für die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien bzw. eine wichtige europapolitische Dimension haben.

Vertrag für eine „Regierung der Veränderung“ Fünf-Sterne-Bewegung und Lega

DIE ARBEITSWEISE DER REGIERUNG UND DER FAKTIONEN

Wir wollen das Vertrauen in unsere Demokratie und in die Institutionen des Staates stärken. Wir beabsichtigen, den Entscheidungsprozess im Parlament und dessen Zusammenarbeit mit der Regierung zu fördern. Diese Regierungsvereinbarung gilt für die Dauer der 18. Legislaturperiode der Republik. Um sicherzustellen, dass die Verpflichtungen vollständig und wirksam umgesetzt werden können, haben die Vertragsparteien beschlossen, weitere methodische Verpflichtungen untereinander auszutauschen. Diese betreffen den Abschluss des Regierungsprogramms, die Zusammenarbeit zwischen den politischen Kräften, die Koordinierung innerhalb der Regierung – auch auf europäischer Ebene – und die Überprüfung der erzielten Ergebnisse.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, dieses Abkommen in Übereinstimmung mit der republikanischen Verfassung und den Grundsätzen des guten Willens und der loyalen Zusammenarbeit umzusetzen und sind gleichermaßen für die Erreichung der vereinbarten Ziele verantwortlich. Sie verpflichten sich, die Annäherung der Standpunkte der Fraktionen zu gewährleisten.

Zusammenarbeit zwischen den beiden politischen Kräften

Die Parteien sind verpflichtet, diesen Vertrag in die Regierungspraxis umzusetzen und sind für die gesamte Regierungspolitik mitverantwortlich. Die Vertragsparteien entscheiden gemeinsam über die Arbeit auf parlamentarischer und auf Regierungsebene und bemühen sich um einen Konsens in allen Verfahrens-, Themen- und Personenfragen.

Hinsichtlich der nicht in diesem Abkommen enthaltenen Ziele verpflichten sich die Parteien, erstens, sich gegenseitig rechtzeitig umfassend über die zu erreichenden Ziele und die Mittel zu ihrer Verwirklichung zu unterrichten; zweitens, sie angemessen zu erörtern, um die Möglichkeit weiterer Vereinbarungen zu erwägen; und drittens, die andere Partei bei Fragen,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. die für diese von grundlegender Bedeutung sind, nicht in die Minderheit zu bringen.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

Sollten bei der Ausübung der Regierungstätigkeit unterschiedliche Meinungen bezüglich der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens vorliegen, verpflichten sich die Vertragsparteien, dies so bald wie möglich und im Einklang mit den Grundsätzen von Treu und Glauben und aufrichtiger Zusammenarbeit zu erörtern. Falls die Differenzen bestehen bleiben, wird der Vermittlungsausschuss einberufen.

Im Falle kontroverser Fragen wird der Vermittlungsausschuss sich schnellstmöglich dafür einsetzen, eine Einigung zu erzielen und jeweils Lösungsansätze vorschlagen, um so zu einem gemeinsamen Standpunkt zu gelangen. Die Vertragsparteien werden sich daher im Vermittlungsausschuss auseinandersetzen:

- damit bei Konflikten ein Dialog zur Lösung der größten Probleme und Differenzen stattfinden kann;
-
- wenn eine der Vertragsparteien dies beantragt, um als wesentlich erachtete Fragen zu prüfen.

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Vermittlungsausschusses unterliegt einer Vereinbarung zwischen den Parteien. Der Ausschuss trifft nach einer sorgfältigen Kosten-Nutzen-Rechnung die geeigneten Entscheidungen in Bezug auf die Durchführung und den Abschluss von staatlichen Aufgaben nationaler Bedeutung, die in diesem Vertrag nicht ausdrücklich erwähnt werden.

Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen

Gesetzesinitiativen zur Durchführung dieses Programms oder anderer Angelegenheiten, die von den Parteien vereinbart wurden und den in diesem Vertrag festgelegten Verfahren entsprechen, werden von der Regierung oder durch die erste Unterzeichnung der Fraktionsvorsitzenden der beiden politischen Kräfte vorgelegt. Jeder Abgeordnete hat die Möglichkeit, Gesetzesinitiativen vorzulegen. Ihr Antrag hinsichtlich einer zeitlichen Vorgehensweise muss Gegenstand einer Vereinbarung zwischen den Vorsitzenden der Fraktionen der beiden politischen Kräfte sein.

Politische Koordinierung mit Europa

Um die italienischen Interessen Europa gegenüber bestmöglich zu vertreten, wird die Regierung eine kompakte Struktur gegenüber den europäischen Institutionen und Partnern sicherstellen. Die Vertragsparteien werden sich daher präventiv und rechtzeitig unter Beachtung der verschiedenen Zuständigkeiten innerhalb der Regierung, auch mit den jeweiligen Fraktionen, einigen. Eine enge Abstimmung zwischen den Standpunkten der verschiedenen Zusammensetzungen im Rat der Europäischen Union ist für den Erfolg des Regierungsabkommens und damit für den bestmöglichen Schutz der Interessen Italiens in Europa unerlässlich. Zu diesem

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

Zweck tauschen die Vertragsparteien im Einklang mit ihren ministeriellen Zuständigkeiten einschlägige Informationen aus und vereinbaren untereinander die wichtigsten Aktionslinien. Koordinierung ist auch bei den Beziehungen zur Kommission und den anderen Institutionen der Europäischen Union unerlässlich.

Ethikkodex für Regierungsmitglieder

Nicht regierungsberechtigt sind Personen, die - aufgrund der in Artikel 7 des Gesetzesdekrets Nr. 235 vom 31. Dezember 2012 ("Severino"-Gesetz) genannten vorsätzlichen Straftaten sowie wegen Geldwäsche, Eigen-Geldwäsche und Bilanzfälschung strafrechtlich verfolgt werden - aufgrund schwerer Verbrechen (z.B. Mafia, Korruption, Erpressung usw.) vor Gericht stehen, - der Freimaurei angehören oder sich in einem Interessenkonflikt mit ihrem Amt befinden.

Falls Mitglieder der Regierung von strafrechtlichen Ermittlungen oder Verfahren gegen sie Kenntnis erlangen, haben sie darüber rechtzeitig Informationen zur Verfügung zu stellen.

Bewertung

Die Vertragsparteien stimmen in einer umfassenden Überprüfung der Regierungsmaßnahmen zur Mitte der 18. Legislaturperiode überein. Somit soll überprüft werden, in wieweit die vereinbarten Ziele erreicht wurden und – wenn möglich- weitere zu vereinbaren sind. Die Ergebnisse dieser umfassenden Überprüfung werden auf der Website der Regierung veröffentlicht.

Gebietskörperschaften und bevorstehende Wahlkampfaktionen

Die Vertragsparteien konkurrieren fair bei den verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen, sowohl bei den europäischen - eingedenk ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Fraktionen - als auch bei den Kommunal- und Regionalwahlen. Dabei hat der vorliegende Vertrag keinerlei Auswirkungen auf das politische Handeln der Vertragsparteien in den bereits bestehenden Gebietskörperschaften.

(...)

INVESTITIONSBANK UND ERSPARNISSE

Investitionsbank

Es besteht die Notwendigkeit einer „Bank“ für Investitionen und die Entwicklung der Wirtschaft und der italienischen Unternehmen, wobei bestehende Strukturen und Ressourcen genutzt werden müssen. Die „Bank“, muss einem eigenen Gesetz unterliegen und eine ausdrückliche direkte Garantie des Staates in Anspruch nehmen. Ziel ist eine erleichterte Bereitstellung von Ressourcen zur Umsetzung geplanter Initiativen. Sie wird auch unter der Aufsicht einer öffentlichen Kontrollinstanz handeln müssen, in der das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen und das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung vertreten sind. Neben dem der Kontrollfunktion für die Verwaltung der industriepolitischen Instrumente und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

der Kredit- und Innovationspolitik wird die Bank zur Vermeidung von Überschneidungen oder, schlimmer noch, von Konflikten zwischen nationalen und lokalen Instrumenten und für eine effizientere Allokation der Finanzmittel folgende Tätigkeiten ausüben:

- Kategorie 2- Sicherheiten für kleine und mittlere Unternehmen durch Ko-Finanzierung mit dem Bankensystem, insbesondere mit mittleren und kleinen Banken, die lokal tätig sind, zur Unterstützung von kleinen-und mittelständischen Unternehmen (KMU);
- Finanzierung von Initiativen von nationalem öffentlichem und strategischem Interesse;
- Export- und Projektfinanzierung im Wettbewerb mit anderen Marktteilnehmern;
- Kreditvergabe zur Unterstützung italienischer Unternehmen, die in Entwicklungsländern als Investition mit aufgeschobenem Nutzen tätig sind. um Vorteilspositionen in Schwellenländern zu erlangen;
- Verwaltung des Garantiefonds für KMU als strategischer Vermögenswert zur Unterstützung des nationalen Kredit- und Garantiesystems zur Förderung der Kapitaleinsparungen, die erforderlich sind, um den immer strenger Anforderungen der internationalen Kredit-Vorschriften gerecht zu werden;
- Innovation mit dem Ziel, die politischen Weisungen des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen zu befolgen.

Schutz der Ersparnisse

Das „Bail in-System“ führte zur Destabilisierung des Kreditwesens in Italien mit negativen Folgen für die Haushalte, die sich ihrer, in angeblich sichere Vermögenswerte investierten Ersparnisse, beraubt sahen.

Diese Bestimmungen müssen grundlegend überarbeitet werden, um den Schutz der italienischen Ersparnisse, wie in der Verfassung vorgesehen, zu verbessern. Insbesondere müssen sowohl das Management, als auch die Kontrollbehörden stärker in die Pflicht genommen werden, da sie die Hauptverantwortung an eventuellen Turbolzen tragen, auch durch Verschärfung der Sanktionen bei vorsätzlichen Konkurs.

Laut der geltenden Gesetzgebung ist zur Leistung von Entschädigungszahlungen der „enteigneten“ Sparer auch der tatsächliche Einsatz von Mitteln aus Versicherungen und ruhenden Policien vorgesehen. Der Kreis der auch teilweise entschädigungsberechtigten Sparer muss auch auf die Kleinaktionäre der in der Umstrukturierung befindlichen Banken ausgedehnt werden. Die Parameter der Basler Ratingprotokolle, die bisher das Überleben und die Entwicklung der italienischen Kleinstunternehmen erheblich beeinträchtigt haben, müssen neu diskutiert werden.

Darüber hinaus muss der staatliche Anteilseigner in Bezug auf die Bank Monte dei Paschi Auftrag und Ziele des Kreditinstituts unter Berücksichtigung deren Dienstleistungscharakters neu definieren. Weiterhin bedarf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

es, zum Schutz der Ersparnisse und Kredite, eines Systems, in dem die öffentliche Kreditbank und die Investitionsbank sowohl hinsichtlich ihrer Art der Tätigkeit als auch hinsichtlich der Aufsichtsstandards getrennt sind.

Bezüglich der Zwangseintreibung von Forderungen durch Banken und Finanzunternehmen beabsichtigen wir sämtliche Regeln abschaffen, mit denen ohne vorherige Zustimmung der Justizbehörden gegen Schuldner vorgegangen werden kann.

Investitionen sind erforderlich, um technologische Innovationen bei der Bereitstellung von Finanzdienstleistungen und -produkten (Blockchain und FinTech) zu entwickeln, auch im Hinblick auf eine größere Transparenz bei Finanztransaktionen.

INTERESSENKONFLIKT

Wir haben gesehen, wie der Interessenkonflikt bereits in den Parlamentssälen auftritt, wo die Gesetzgeber selbst sich zuweilen in einer schwerwiegenden Situation der Unvereinbarkeit befinden. Der Wahlaus- schuss selbst ist ein anachronistisches Organ, da er sich im Wesentlichen aus Politikern zusammensetzt und dazu beiträgt, dass Gesetze zu diesem Thema nicht zur Anwendung kommen. Zur Lösung des Interessenkonflikts, der oft das politische Handeln beeinträchtigt, wollen wir zunächst den Anwendungsbereich der Thematik ändern, indem wir die Konfliktfrage über das rein wirtschaftliche Interesse hinaus erweitern.

Wir sind der Ansicht, dass ein gegenseitiges Eingreifen zwischen einem öffentlichen Interesse und einem anderen öffentlichen oder privaten Interesse, das die objektive, unabhängige oder unparteiische Ausübung eines öffentlichen Amtes beeinflussen kann, einen möglichen Interessenkonflikt darstellt. Das gilt nicht nur dann, wenn es für den Ausübenden des öffentlichen Amtes von wirtschaftlichem Vorteil ist und er somit von einem möglichen Interessenkonflikt betroffen ist, sondern auch dann, wenn kein unmittelbar als monetär einzustufender Vorteil vorliegt. Darüber hinaus beabsichtigen wir, die Anwendung der Bestimmungen für alle Personen, die zwar nicht in Regierungspositionen tätig sind, aber die Macht und Fähigkeit haben politische Entscheidungen zu beeinflussen oder an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten beteiligt sind, wie Bürgermeister von Großstädten oder Manager von Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist.

(...)

STAATSVERSCHULDUNG UND DEFIZIT

Die Maßnahmen der Regierung zielen auf ein Programm zur Verringerung der Staatsverschuldung ab, jedoch nicht durch Initiativen auf der Grundlage von Steuern und politischen Sparmaßnahmen, die sich zum Erreichen dieses Ziels als falsch erwiesen haben. Vielmehr geht es um ein BIP-Wachstum, das durch die Wiederbelebung sowohl der Binnennachfrage durch Investitionen mit hohem Multiplikator-Effekt und Maßnahmen zur Ankurbelung der Kaufkraft der Haushalte, als auch durch eine erhöhte Auslandsnachfrage mittels günstiger Exportbedingungen erreicht werden

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO
ITALIEN

Mai 2018

soll. Zur Konsolidierung von Wachstum und Entwicklung des Landes halten wir es für unerlässlich, die Europäische Kommission zu veranlassen, produktive öffentliche Investitionen vom laufenden Haushaltsdefizit abzukoppeln, wie von der Kommission mehrfach angekündigt, aber nie wirksam und vollständig umgesetzt.

Hinsichtlich der Defizitpolitik ist durch die Neuverhandlung der EU-Verträge und des wichtigsten Regelungsrahmens auf europäischer Ebene, eine mehrjährige Planung vorgesehen, um die Finanzierung der unter diesen Vertrag fallenden Vorschläge durch Mittel sicherzustellen, die aus der Kürzung von verschwenderischen Ausgaben, dem Schuldenmanagement und einer angemessenen und begrenzten Nutzung des Defizits wieder gewonnen werden können.

Außerdem wollen wir, wie der Rechnungshof hervorgehoben hat, ein Höchstmaß an Transparenz bei den von staatlichen Stellen und Gebietskörperschaften durchgeföhrten Derivatgeschäften erreichen und diese allein auf diejenigen beschränken, die auf eine Verbesserung der Ausgaben für Verschuldungsinstrumente abzielen.

VERTEIDIGUNG

Zur Verbesserung und effizienteren Gestaltung der Verteidigung sind der Personalschutz der Streitkräfte (wobei der Familienzusammenführung besondere Bedeutung zukommt) und deren effektiver Einsatz für den Schutz des Territoriums und der nationalen Souveränität Priorität.

Der Schutz der italienischen Verteidigungsindustrie ist von wesentlicher Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung der Forschung und die Umsetzung des nationalen Know-hows in diesem nicht ausschließlich militärischen Bereich:

Planung und Bau von Schiffen, Flugzeugen und High-Tech-Systemen. Zudem sind Neueinstellungen bei den Ordnungskräften (Carabinieri zur Verteidigung) mit einer Erhöhung der Ausrüstung und der Mittel notwendig.

Ebenso ist eine Neubewertung unserer Präsenz bei internationalen Missionen unter dem Gesichtspunkt ihrer tatsächlichen Relevanz für das nationale Interesse angebracht. Schließlich setzen wir uns für eine Rationalisierung der Ressourcenverschwendungen bei den Militärausgaben ein, auch im Hinblick auf die Reform des stillgelegten Immobilienvermögens.

AUSSENPOLITIK

Die Außenpolitik wird sich in den kommenden Jahren auf einige wenige fundamentale Themen konzentrieren müssen. Die Zielsetzung liegt in einer Außenpolitik, in deren Mittelpunkt das nationale Interesse und das bilaterale und multilaterale Engagement steht.

Wir bekräftigen die Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika als privilegierter Verbündeter und einer Öff-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

nung gegenüber Russland, das nicht als Bedrohung, sondern als potenziell immer wichtiger werdender Wirtschafts- und Handelspartner wahrgenommen wird. In diesem Zusammenhang empfiehlt sich die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland, das als strategischer Gesprächspartner zur Lösung der regionalen Krisen (Syrien, Libyen, Jemen) rehabilitiert werden soll.

Zudem gilt es die Aufmerksamkeit wieder auf den Süden zu lenken. Während Russland keine militärische Bedrohung mehr darstellt, sondern einen potenzieller Partner der NATO und der EU, kommen im Mittelmeerraum mehrere Instabilitätsfaktoren zusammen, darunter der islamische Extremismus, unkontrollierte Migrationsströme und daraus resultierende Spannungen zwischen den regionalen Mächten. In diesem Bereich sollte Italien seine Zusammenarbeit mit den Ländern, die sich im Kampf gegen den Terrorismus engagieren, intensivieren. Was die im Ausland lebenden Italiener betrifft, geht es darum, deren Erbe an Erfahrung und Wissen für die Unterstützung des ‚Made in Italy‘ und die Förderung der italienischen Sprache und Kultur in der Welt verstärkt zu nutzen. Außerdem müssen die Abstimmungsverfahren für den ausländischen Wahlkreis und die Vertretungsorgane des Allgemeinen Rates der Italiener im Ausland (CGIE und COMITES) reformiert werden, um sie effektiver, transparenter und weniger anfällig für mögliche Abstimmungsverzerrungen zu machen. COMITES und CGIE benötigen auch eine spezifische Reform ihrer Funktionen, um sie an die Präsenz der parlamentarischen Vertretung anzupassen. Schließlich muss das diplomatische und konsulare Netz neu organisiert werden, um der wachsenden Zahl italienischer Staatsbürger, die ihren Wohnsitz dauerhaft ins Ausland verlegen, angemessene Dienstleistungen zu gewährleisten.

BESTEUERUNG: FLAT TAX UND VEREINFACHUNG

Einfrieren von Mehrwertsteuer- und Verbrauchsteuerklauseln

Vorab bekunden wir die Absicht, die EU-Schutzklauseln, die eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Verbrauchsteuersätze beinhalten, zu blockieren, da dies ein unerträglicher Schlag für Haushalte und Unternehmen wäre, und die zusätzliche Besteuerung von elektronischen Zigaretten zu korrigieren.

Zudem beabsichtigen wir die überholten Komponenten der Benzinverbrauchssteuer abzuschaffen.

Steuersenkungen und Vereinfachung für Haushalte, Unternehmen und Arbeitnehmer mit Mehrwertsteuernummer

Aufgrund der hohen Steuerbelastung in Italien sind die Konsum- und Investitionsausgaben der Haushalte und Unternehmen unzureichend und liegen quantitativ und qualitativ unter dem europäischen Durchschnitt. Gleichzeitig ist die Bürokratie sehr ausgeprägt und nimmt die Steuerzahler zu sehr in die Pflicht, was erhebliche wirtschaftliche Belastungen für die Steuerzahler beinhaltet.

All dies wirkt sich negativ auf die Qualität der Beziehungen zu den Steuerzahlern und auf die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Produktion

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO
ITALIEN

Mai 2018

aus. Diese Situation erfordert mutige und revolutionäre Reformmaßnahmen, um den Steuerdruck zu verringern und das Verhältnis zwischen Finanzverwaltung und Steuerzahldern zu verbessern.

Ausgangspunkt ist die Überarbeitung des Systems zur Besteuerung des Einkommens von Privatpersonen und Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung der geltenden Bestimmungen, dem Steuerabzugs- und Abschreibungssystems und der Kriterien für die Besteuerung der Haushalte.

Das Schlüsselkonzept ist die „Flat Tax“, d.h. eine Steuerreform, mit der Einführung fester Steuersätze und einem Steuerabzugssystem das die Progressivität der Steuer im Einklang mit den Verfassungsprinzipien gewährleistet.

Das neue Steuersystem zeichnet sich insbesondere durch zwei feste Sätze von 15 % und 20 % für natürliche Personen, Personen mit Mehrwertsteuernummer, Unternehmen und Familien aus.

Familien können einen Festbetrag 3.000,00 Euro auf Basis des Familieneinkommens abschreiben. Ziel ist es, einkommensschwache Gruppen, für die das Prinzip der „no tax area“ weiterhin bestehen bleibt, nicht zu benachteiligen. Darüber hinaus gilt es generell keine steuerliche Behandlung zu bewirken, die gegenüber dem derzeitigen Steuersystem benachteiligend wirkt. Mehr Steuergerechtigkeit zugunsten aller Steuerzahler: Familien und Unternehmen.

Die daraus resultierenden Effekte sind: höhere Steuerersparnisse, höhere Konsum- und Investitionsbereitschaft, eine höhere Besteuerungsgrundlage, auch dank der Vermeidung von Steuerumgehung, Steuerhinterziehung und nicht erfolgten Steuerzahlungen.

Gleichzeitig geht es darum, die Beziehungen zwischen dem Staat und den Steuerzahldern wiederherzustellen, indem die Grundsätze und Kriterien, die das Handeln der Finanzverwaltung bestimmen, auf den Prüfstand gestellt werden. Guter Glaube und gegenseitige Zusammenarbeit zwischen den Parteien werden die Eckpfeiler des neuen Weges sein, den wir zielgerichtet einschlagen wollen: über den Grundsatz des kontradiktionsfreien Verfahrens mit dem Steuerzahler, der als allgemeiner Grundstein des Steuerrechtssystems zu errichten ist; über die Abschaffung der Umkehr der Beweislast, die stets der Finanzverwaltung aufzuerlegen ist, unter Ausschluss von Instrumenten zur Einkommensbestimmung bei voller und nachgewiesener Begleichung der steuerlichen Pflichten seitens des Steuerzahlers; über die Verkürzung der Veranlagungszeiten bei aktiver und ständiger Mitwirkung des Steuerpflichtigen bei der Erfüllung der Buchhaltungs- und Zahlungsverpflichtungen; über die Vereinfachung der Buchhaltungspflichten bei der Erstellung einer digitalen Akte im Einklang mit den innovativsten Datenverarbeitungs- und Kommunikationsinstrumenten; über den allgemeinen Grundsatz der direkten Haftung der Finanzverwaltung für Schäden, die durch rechtswidrige Handlungen (während der Veranlagungs- und Eintreibungsphase) entstehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO
ITALIEN

Mai 2018

In Bezug auf die Einziehung muss das Handeln der Verwaltung vom Interesse des Bürgers ausgehen, die Zahlung des fälligen Betrags zu begleichen, um so möglichst geringen Belastungen ausgesetzt zu sein und jede Form von Druck zu vermeiden, der einen „Zustand der Angst“ gegenüber den für die Einziehung zuständigen Institutionen und Subjekten erzeugen könnte.

Die Statistiken zeigen, dass die Einnahmen von Steuergeldern fast ausschließlich aus Ratenzahlungen und ähnlichen Maßnahmen zur Erleichterung dieser Zahlung stammen. Dies bezeugt die Notwendigkeit von Maßnahmen zum Ausbau von Verfahren zur gütlichen Beitreibung von Forderungen.

Die Verbesserung der Inkassoverfahren erfordert zwangsläufig die präventive und endgültige Beseitigung der hohen und langjährigen Schulden, die aufgrund der Insolvenz der Steuerzahler nur schwer einzutreiben sind.

Mit den Steuerzahlern muss nun ein „Steuerfrieden“ geschlossen werden, um das wirtschaftliche Ungleichgewicht der von ihnen eingegangenen Verpflichtungen auszugleichen und die Begleichung der Schulden zu fördern, indem der geschuldete Betrag in all diesen außergewöhnlichen und unbeabsichtigten Situationen mit nachgewiesenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in für den Steuerzahler tragbarem Verhältnis beglichen wird und die Steuerschuld damit verfällt. Unter Ausschluss jeglicher Form von Steueramnestie, kann die Maßnahme eine wirksame Hilfe für Bürger in Schwierigkeiten und der erste Schritt zu einer „freundlichen Steuereintreibung“ werden.

Angesichts des pathologischen Ausmaßes des Phänomens in unserem Land und der Notwendigkeit, es auf europäischer Ebene für statistische Indikatoren neu zu definieren, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die ausstehenden Schulden der öffentlichen Verwaltung gegenüber den Steuerzahlern zu beseitigen. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Finanzverwaltung und Steuerzählern hängt auch von der Gleichstellung der für den Einzug ihrer Forderungen zur Verfügung gestellten Instrumente ab. Unter den konkreten Maßnahmen, die umgesetzt werden können, sticht das Institut zum Ausgleich zwischen Krediten und Lastschriften gegenüber der öffentlichen Verwaltung hervor, das durch die Erweiterung der zugelassenen Fälle und die Verbriefung der Steuerkredite, auch durch Instrumente wie kleine Staatsanleihen, begünstigt wird, wobei an den entsprechenden Stellen auch die Definition der Staatsverschuldung selbst bewertet wird.

Es besteht Handlungsbedarf, um die veralteten und schikanösen Instrumente zur Einkommensermittlung, den Ausgaben- und Verdienstmesser, abzuschaffen, die den Widerstand gegen Maßnahmen zur Besteuerung von Vermögenswerten belegen. Andererseits zielt die Aktion auch in Anbetracht der drastischen Senkung der Steuerlast durch die Abgeltungssteuer und die anderen oben beschriebenen Maßnahmen im Hinblick auf die Bekämpfung der Steuerhinterziehung darauf ab, den bestehenden Sanktions-, Verwaltungs- und Strafrahmen zu verschärfen, um die „tatsächliche Gefängnisstrafe“ für die großen Steuerhinterzieher sicherzustellen. Ziel ist es auch, die internationale Zusammenarbeit beim Informati-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO
ITALIEN

Mai 2018

onsaustausch zu fördern und die internationale Steuervermeidung durch die Förderung der Besteuerung von großem ausländischem Kapital, zu verhindern, sowie geeignete Maßnahmen für den Interessenskonflikt einzuführen.

(...)

EINWANDERUNG: RÜCKSENDUNG UND MIGRANTENBUSINESS-STOP

Das aktuelle Migrationsproblem ist für Italien angesichts der hohen Kosten und der damit verbundenen Geschäfte untragbar. Letzteres wird aus nationalen öffentlichen Mitteln gespeist, die oft wenig transparent, dafür aber anfällig für das Eindringen der organisierten Kriminalität sind.

Das Scheitern des derzeitigen Systems zur Steuerung der Migrationsströme droht das Schengener System selbst in Frage stellen. Italien muss bei den europäischen Verhandlungen über die Asyl- und Einwanderungspolitik eine entscheidende Rolle spielen. Ziel muss es sein, den Migrationsdruck an den Außengrenzen und den damit verbundenen Menschenhandel einzudämmen. Gleichzeitig gilt es die derzeitigen europäischen Missionen im Mittelmeer zu überprüfen, die unser Land stark benachteiligen, insbesondere die Klauseln, die die Anlandung der für die Operationen verwendeten Schiffe in unseren nationalen Häfen vorsehen, ohne jegliche Form von gemeinsamer Verantwortung seitens der anderen europäischen Staaten.

Die Dublin-Verordnung muss überwunden werden. Die Einhaltung des im Vertrag über die Arbeitsweise der EU verankerten Grundsatzes der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten muss durch die obligatorische und automatische Verteilung von Asylbewerbern auf die EU-Mitgliedstaaten auf Grundlage objektiver und quantifizierbarer Parameter und durch die Weiterleitung von Asylanträgen an andere Länder gewährleistet werden. Im Einklang mit den in der Verfassung verankerten Rechten schlagen wir vor, die Verfahren zur Überprüfung des Anspruchs auf den Flüchtlingsstatus bzw. dessen Aberkennung auch durch die Annahme von beschleunigten und/oder Grenzverfahren sicherzustellen, sowie durch die Identifizierung der sicheren Heimat- und Herkunftsländer, den Schutz im Herkunftsland (IPA) und die Anpassung der derzeitigen Formen des Schutzes an internationalen Standards.

Um ein angemessenes Gleichgewicht mit den Interessen der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung zu gewährleisten, ist es gleichzeitig notwendig, spezifische Fälle von Straftaten vorzusehen, die, wenn sie von Asylbewerbern begangen werden, deren sofortige Abschiebung aus dem Staatsgebiet zur Folge haben. Da die derzeitigen Mechanismen und die umfangreichen Mittel für die Aufnahme eine starke Anziehung auf die Kriminalität auswirken, ist eine sorgfältigere Kostenkontrolle erforderlich. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Verwaltung der öffentlichen Mittel für das Aufnahmesystem transparenter zu gestalten, um Infiltrationen des organisierten Verbrechens zu verhindern. Damit eine genaue Kontrolle der Berichterstattung über die erbrachten Dienstleistungen und Waren, die angefallenen Kosten und die erzielten Ergebnisse gewährleistet wer-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. den kann, muss die Veröffentlichung der Jahresabschlüsse der beteiligten Verwaltungsträger Pflicht werden.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

Das derzeitige System der Übertragung von Zentren an Privatpersonen muss überwunden und eine stärkere Einbeziehung der öffentlichen Einrichtungen, angefangen bei den territorialen Einrichtungen, angestrebt werden. Dabei soll die Verwaltung der Zentren den Regionen übertragen und Maßnahmen vorgesehen werden, damit deren Einrichtung bei den betroffenen lokalen Behörden nicht ohne deren vorherige Zustimmung erfolgen kann.

Dabei gilt es den Geschäften der Schleuser, die zu Landungen und Todesfällen im Mittelmeer geführt haben, das Handwerk zu legen und die internationalen kriminellen Organisationen für den Menschenhandel durch eine umfangreichere Zusammenarbeit und Einbeziehung der Justizpolizei anderer europäischer Länder zu zerschlagen.

Die Prüfung der Zulässigkeit von Anträgen auf internationalen Schutz muss in den Herkunfts- oder Transitländern mit Unterstützung der Europäischen Agenturen in Strukturen erfolgen, die den vollen Schutz der Menschenrechte gewährleisten. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass bilaterale Abkommen sowohl von Italien als auch von der Europäischen Union mit Drittländern, sowohl Transit- als auch Herkunftsländern, umgesetzt werden müssen, um den Rückführungsverfahren mehr Klarheit zu verleihen und sie zu beschleunigen.

Gleichzeitig ist es notwendig, Rückführungs- Zentren mit mindestens einem Sitz für jede Region vorzusehen. Voraussetzung dafür sind eine Vereinbarung mit der Region und ausreichenden Kapazitäten für alle illegale Einwanderer, die sich auf dem Staatsgebiet aufhalten und rückverfolgbar sind und die den Schutz der Menschenrechte gewährleisten.

Bis heute befinden sich etwa 500.000 illegale Migranten in unserem Land, wodurch eine ernsthafte und wirksame Rückführungspolitik unaufschiebar und absolut vorrangig wird. Im Sinne eines zügigen Abschlusses der Verfahren und der tatsächlichen Rückführung sollten die Betroffenen über den notwendigen Zeitraum hin dauerhaft in den Zentren untergebracht werden, um sicherzustellen, dass die Abschiebung innerhalb eines Zeitraums von insgesamt höchstens 18 Monaten im Einklang mit den Gemeinschaftsvorschriften erfolgt. Im Hinblick auf eine effiziente Verwaltung der öffentlichen Mittel und auf die durchzuführenden politischen Maßnahmen ist es daher notwendig, den derzeitigen Verwendungszweck dieser Mittel im Bereich Asyl und Einwanderung zu überprüfen, insbesondere durch die Verwendung eines Teils der für die Aufnahme bereitgestellten Mittel, um sie dem Rückführungsfonds zuzuweisen. Schließlich ist eine Überarbeitung der geltenden Rechtsvorschriften über Familienzusammenführung und Sozialleistungen erforderlich, um fiktive Fälle, die unrechtmäßige Verwendung der gewährten Beihilfen zu vermeiden und ihre Nachhaltigkeit im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage unseres Landes zu gewährleisten. Auf globaler Ebene müssen die internationalen Investitionsströme und die Finanzierung der Kooperationsfonds transparent gestaltet werden. Wir müssen den Verkauf von Waffen an Konfliktländer stoppen und den internationalen Terrorismus, einschließlich des islamistischen Terrorismus, verhindern und bekämpfen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

Im Interesse der Transparenz in den Beziehungen zu anderen Religionen, insbesondere denjenigen, die keine Abkommen mit dem italienischen Staat unterzeichnet haben, und zur Vermeidung von terroristischen Infiltationen, die wiederholt auf nationaler und internationaler Ebene gemeldet werden, gilt es Ad-hoc-Rechtsvorschriften zu erlassen, die die Einrichtung eines Registers der religiösen Führer und die Rückverfolgbarkeit der Finanzierung des Baus von Moscheen und generell von Kultstätten, auch wenn diese unter anderem Namen laufen, vorzusehen.

Darüber hinaus müssen geeignete Instrumente zur Verfügung stehen, um sämtliche radikal-islamischen Vereinigungen, sowie ungesetzmäßige Moscheen und Kultstätten, unter welchem Namen auch immer, zu überwachen und mit sofortiger Wirkung zu schließen. Für ein wirksames und einheitliches Vorgehen im ganzen Land muss ein spezifisches Rahmengesetz über Moscheen und Kultstätten verabschiedet werden, bei dem auch die lokalen Gemeinschaften einbezogen werden.

ARBEIT

In Sachen Arbeit stellt die gerechte Entlohnung der Arbeitnehmer eine absolute Priorität dar. Somit soll ihnen, in Anlehnung an die in Artikel 36 der Verfassung niedergelegten Grundsätze, ein menschenwürdiges Leben und Arbeiten in Freiheit, Fairness, Sicherheit und Würde gewährleistet werden. Zu diesem Zweck soll ein Mindeststundenlohngesetz eingeführt werden, das für alle Berufskategorien und Produktionsbereiche, in denen der Mindestlohn nicht durch Tarifverhandlungen geregelt ist, einen Mindestlohn pro Arbeitsstunde festlegt, der nicht unterschritten werden darf. Auch die Lehrstellen für Freiberufler dürfen nicht weiter unbezahlt bleiben.

Zur zügigen Ankurbelung der Beschäftigungssituation und zur Entlastung der Unternehmen von oft nutzlosen und belastenden Auflagen muss einerseits eine strukturelle Steuersenkung durchgeführt werden und andererseits eine Vereinfachung, Rationalisierung und Verringerung - auch durch Digitalisierung- des bürokratischen Verwaltungsaufwands, der erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitskosten in Bezug auf Zeit, Effizienz und zweckgebundene Ressourcen hat.

Die vollständige Abschaffung der Voucher hat vielen Branchen erhebliche Probleme bereitet, für die dieses Zahlungsmittel ein unverzichtbares Instrument darstellte. Die Ablösung durch das so genannte „Familien-Buch“ und den „Gelegenheitsarbeitsvertrag“ hat die Ausübung von Nebentätigkeiten nur noch erhöht, wodurch auch die Schwarzarbeit anzusteigen droht. Daher ist eine umfassende Reform der geltenden Vorschriften zur Einführung eines spezifischen, klaren und einfachen Instruments, das missbrauchsuntauglich ist und über eine spezielle digitale Plattform für die Verwaltung von Nebenbeschäftigteverhältnissen computerisiert werden kann, notwendig.

Zum Schutz der Beschäftigungs- und der sozialen Sicherheit sind die Entwicklung und der Ausbau aktiver Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung, Arbeitsvermittlung und angemessener Einkommensunterstützung und Sozialschutzmaßnahmen nötig. Dies kann vor allem durch eine tiefgreifende Reform und Stärkung der Arbeitsämter erreicht wer-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO
ITALIEN

Mai 2018

den. Besonderes Augenmerk wird auf die Bekämpfung der prekären Arbeitsverhältnisse gelegt, die auch auf den „Jobs act“ zurückzuführen ist, um stabilere Beschäftigungsverhältnisse aufzubauen und den Familien die Möglichkeit gibt, ihre Zukunft besser planen zu können. Investitionen in junge, innovative und technologische Unternehmen fördern bedeutet, auf die Zukunft zu setzen und den Wert von Verdienst und Forschung anzuerkennen. Zu diesem Zweck ist eine umfassende Neuorganisation der Ausbildung notwendig, die auf effektive Beschäftigung und Qualität setzen muss. Dabei darf sie nicht nur die heutige Realität berücksichtigen, sondern muss auch in zukunftsträchtige Bereiche investieren, um die Beschäftigung durch ständige Weiterbildungsprozesse der Arbeitnehmer an den technologischen Wandel und eine neue Angebotssituation anpassen zu können. Zudem muss in den Sekundarschulen und Universitäten das Entstehen neuer Fachkräfte gefördert werden, die den Anforderungen der vierten industriellen Revolution gerecht werden und über die entsprechenden Voraussetzungen verfügen. Zudem müssen Maßnahmen zur Unterstützung von kleinen und Kleinstunternehmen bei der Erneuerung ihrer Produktionsprozesse getroffen werden. Dies ist Voraussetzung für eine Strategie zur weitreichenden Verbreitung fortgeschrittener Technologien.

Weitere Maßnahmen für eine angemessene technische und berufliche Sekundarausbildung sind erforderlich, damit unsere Jugendlichen Zugang zur Arbeitswelt und zu handwerklichen, technischen und kunsthandwerklichen Berufen haben.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Eine strenge und einschneidende Antikorruptions-Gesetzgebung darf nicht weiter hinausgezögert werden. Somit können die dem Staat zu Unrecht entzogenen Ressourcen wieder zurückgewonnen werden. Gleichzeitig kann so die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt werden, was zu einem echten Wettbewerb im Privatsektor zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen führt.

Folgende Maßnahmen sind zu ergreifen:

- die Erhöhung der Strafen für alle Korruptionsverbrechen gegen die öffentliche Verwaltung, für die Strafminderung ausgeschlossen werden muss, über ein System, das den Zugang zu öffentlichen Ämtern verbietet;
- das „DASPO“- Gesetz für Bestochene und Bestechende oder der Ausschluss von öffentlichen Ämtern und das definitive Verwirken des Rechts mit der öffentlichen Verwaltung Verträge zu schließen, für alle die aufgrund eines Korruptionsverbrechens gegen die öffentliche Verwaltung verurteilt worden sind.
- Die Einführung der Figur des „Undercover-Agenten“ und die Bewertung der Figur des Anstifters (verdeckter Ermittler) bei Hinweisen auf Verbrechen, im Rahmen der vollständigen Umsetzung der UN-Merida-Konvention von 2003, um Korruptionsfälle in der öffentlichen Verwaltung ans Licht zu bringen.

Neben der Stärkung der nationalen Antikorruptionsbehörde und des Korruptionspräventionsplans müssen diese Instrumente mit einer Änderung der bestehenden Bestimmungen - die bisher nicht in vollem Umfang wirk-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO
ITALIEN

Mai 2018

sam waren - in Bezug auf Prävention und Repression kombiniert werden, wobei auch die Schutzmaßnahmen für Whistleblower erweitert werden müssen. Auch der Einsatz von Abhörmaßnahmen muss insbesondere bei Korruptionsdelikten verstärkt werden.

MINISTERIUM FÜR BEHINDERUNGEN

Ein Zivilstaat hat die Pflicht Menschen mit Behinderung zu schützen, zu unterstützen und zu integrieren. Die Schutz- und Inklusionspolitik für Menschen mit Behinderungen muss konsolidiert und erneuert werden, um deren konkrete und wirksame Unterstützung in allen Lebensphasen zu gewährleisten. Geplant ist eine allgemeine Aufstockung der Fonds für Behinderte und Nicht-Selbständige, um behinderten Menschen die Möglichkeit zu geben, ein unabhängiges Leben zu führen und an allen Lebensbereichen uneingeschränkt teilzunehmen. Zu diesem Zweck muss der Zugang zu Einrichtungen, Verkehr, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationssystemen und -technologien, sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit zugänglich sind oder angeboten werden, gewährleistet werden.

Es muss dafür gesorgt werden, dass Pflege- und Fürsorgeleistungen und Entschädigungszahlungen, einschließlich Debitkarten, die der Staat aus welchen Gründen auch immer ausgibt, wenn sie sich auf eine Behinderung beziehen, von der ISEE-Berechnung oder anderen Einkommensindikatoren, die für den Zugang zu Leistungen oder Vorteilen erforderlich sind, gänzlich ausgeschlossen werden. Was das Invalidengeld betrifft, so schlagen wir seine Anhebung und Anpassung an die Sozialrente vor.

Die UN-Konvention über Behindertenrechte muss vollständig umgesetzt werden, indem die bestehenden Gesetze einer gründlichen Prüfung unterzogen werden und sichergestellt wird, dass jede Entscheidung des Gesetzgebers stets im vollen Bewusstseins gefällt wird, dass „Menschen mit Behinderungen auch Personen mit langfristigen körperlichen, geistigen, intellektuellen oder sensorischen Beeinträchtigungen umfassen, die aufgrund verschiedener Barrieren an einer vollen und effektiven Teilhabe auf Augenhöhe in der Gesellschaft gehindert werden“.

Um den Schutz und die Eingliederung von Behinderten oder Nicht-Selbständigen zu gewährleisten, muss die Fragmentierung der nationalen und lokalen öffentlichen Dienste durch eine gemeinsame und koordinierte Steuerung der Maßnahmen und die Vernetzung der Dienstleistungs-Anbieter überwunden werden.

Vergünstigungen für den Kauf von Waren und Hilfsmitteln für Menschen mit Behinderungen müssen rechtzeitig aktualisiert werden.

Die schulische Inklusion von Schülern mit Behinderungen sollte durch eine bessere Spezialisierung der Hilfslehrer gewährleistet werden, um deren Unterstützung im Klassenzimmer weiter zu fördern. Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrer und sämtliche in der Schule Beschäftigten müssen festgelegt werden. Zum Abbau von Vorurteilen gegen Behinderte sind kulturelle Maßnahmen notwendig. Dabei muss sicherzustellt werden, dass der Unterricht auch Momente des Zuhörens und der Begegnung mit Be-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

hinderten einschließt, auch unter Einbeziehung von Behindertenverbänden. Zudem bedarf es einer Untersuchung über den Stand der Umsetzung des Gesetzes 68/99 über die Beschäftigung geschützter Gruppen, wobei besonderes Augenmerk auf schwere Behinderungen zu richten ist. Dabei muss die Anwendung besonders im öffentlichen Bereich gewährleistet und die Anstellungen im Privatsektor gefördert werden. Wenn notwendig müssen auch spezifische Beschäftigungswege für körperliche und/oder geistige Behinderungen bedacht werden.

Die Zugänglichkeit von Orten, Gütern und Dienstleistungen durch eine wirksame Beseitigung von architektonischen Barrieren muss unbedingt gewährleistet werden. Das umfasst auch ein Bürger-Audit beim Bau öffentlicher Bauwerke. Eine „Politik für unabhängiges Leben“ muss dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu neu geplanten oder gebauten Wohnungen haben. Wir brauchen eine Sozialwohnungspolitik, die den privaten Sektor einbezieht und Quoten in die Urbanisierungsauflagen einführt, die für Menschen mit Behinderungen reserviert sind.

Cohousing sollte gefördert und spezielle Schulungen durch das Gesundheitspersonal und durch Selbsthilfetreffen organisiert werden, um das Wissen und die Fähigkeiten des Pflegepersonals zu verbessern. Die Inhalte und Dokumente der öffentlichen Verwaltung müssen, gemäß der EU-Richtlinie 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über die Zugänglichkeit von Websites und mobilen Anwendungen der Gebietskörperschaften, uneingeschränkt zugängig sein.

Um eine angemessene Vertretung von Behinderten in der Politik zu gewährleisten, setzen wir uns zudem für die Einrichtung eines eigenen Ministeriums ein. Schließlich muss eine angemessene Vertretung auch durch die Einrichtung eines regionalen Garanten als Ansprechpartner bei Nichteinhaltung und Verletzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen sichergestellt werden.

PENSIONEN- SCHLUSS MIT DEM FORNERO-GESETZ

Die mit der sogenannten „Fornero-Rentenreform“ eingeführten Ungleichgewichte im Sozialversicherungssystem müssen beseitigt werden, in dem 5 Milliarden Euro für den Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt bisher ausgeschlossener Berufskategorien bereitgestellt werden.

Wir werden es mit sofortiger Wirkung ermöglichen, aus dem Berufsleben zu scheiden, wenn die Summe aus Alter und Beitragsjahren des Arbeitnehmers mindestens 100 beträgt, mit dem Ziel, dass man mit 41 Jahren Beitragszahlungen in Rente gehen kann, wobei auch Arbeitnehmer mit besonders schwerer Arbeit berücksichtigt werden.

Darüber hinaus muss das Sozialsystem neu organisiert werden, wobei Altersvorsorge und Sozialfürsorge voneinander getrennt werden müssen. Wir werden die experimentelle Maßnahme „Frauenoption“ ausweiten, die es Frauen im Alter von 57-58 Jahren und 35 Jahren Beitragszahlung ermöglicht, sofort in Rente zu gehen und so in den vollen Genuss der Beiträge zu gelangen. Wir werden diese experimentelle Maßnahme unter Nutzung der verfügbaren Mittel verlängern.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO
ITALIEN

Mai 2018

GRUNDEINKOMMEN UND GRUNDRENTE

Grundeinkommen

Das Grundeinkommen ist eine aktive Maßnahme, die sich an italienische Staatsbürger richtet, um sie wieder in das Sozial- und Arbeitsleben des Landes einzugliedern.

Sie garantiert die Würde des Einzelnen und wirkt als treibende Kraft, um das Arbeitspotenzial unseres Landes zum Ausdruck zu bringen und dabei das Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum fördert.

Die Maßnahme ist als Instrument zur Einkommensunterstützung für bedürftige italienische Staatsbürger konzipiert; die Höhe der Zahlung wird auf der Grundlage der Armutsriskoschwelle festgelegt, wobei sowohl das Einkommen, als auch das Vermögen berücksichtigt wird. Der Betrag wird nach der OECD-Skala für größere Haushalte auf 780,00 Euro pro Monat und Person festgesetzt.

Um die Wiedereingliederung des Bürgers in die Arbeitswelt zu ermöglichen, setzt die Gewährung des Grundeinkommen ein aktives Engagement des Begünstigten voraus, der die von den Arbeitsämtern unterbreiteten Stellenangebote annehmen muss (maximal drei Vorschläge innerhalb von zwei Jahren), wobei bei Ablehnung der gewünschten Arbeitstätigkeit der Anspruch auf die Leistungen verfällt.

Die Maßnahme beruht auf zwei Leitprinzipien: einerseits auf der Berufstypologie des betreffenden Arbeitnehmers und andererseits in Abstimmung mit der Strategie zur Wirtschaftsentwicklung. Diese zielt auf Vollbeschäftigung ab und ist durch die Industriepolitik ausgelöst, welche die notwendige Innovation für eine qualitativ hochwertige Entwicklung mit der Umstellung der Produktionssektoren zu erreichen versucht.

Dazu gehören Investitionen in Höhe von 2 Milliarden Euro in die Umstrukturierung und den Ausbau der Beschäftigungszentren, die als Katalysator und Umschulungsmaßnahme für derzeit arbeitslose Arbeitnehmer fungieren werden.

Die Planung eines allgemeinen Ausbaus sämtlicher Beschäftigungszentren auf dem Staatsgebiet zielt darauf ab, die Präsenz, Effizienz und Qualität der Arbeitsvermittlung zu erhöhen, geeignete Leistungsstandards für die zu erbringenden Dienstleistungen zu ermitteln und festzulegen und das Ausbildungsniveau des Betriebspersonals anzupassen.

In den EU-Einrichtungen muss ein Dialog eingeleitet werden, um die vom Europäischen Parlament am 6. Oktober 2017 verabschiedete Verordnung A8-0292/2017 umzusetzen, die die Verwendung von 20 % der Gesamtausstattung des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Einrichtung eines Grundeinkommens auch in Italien vorsieht (dem einzigen europäischen Land außer Griechenland, in dem es diese Maßnahme nicht gibt). Dabei soll die Europäische Kommission aufgefordert werden, speziell die Verwendung des ESF zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu überwachen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO
ITALIEN

Mai 2018

GRUNDRENTE

Wer unterhalb der Armutsgrenze lebt, soll eine Grundrente erhalten. Unser Vorschlag zielt auf eine Zuzahlung für Rentner ab, die weniger als 780,00 Euro pro Monat an Rente erhalten, nach den gleichen Parametern wie beim Grundeinkommen.

INSTITUTIONNELLE REFORMEN, AUTONOMIE UND DIREKTE DEMOKRATIE

Im Rahmen der grundlegenden Reform der Institutionen bedarf es eines pragmatischen und praktikablen Ansatzes in Bezug auf einige begrenzte, spezifische und homogene Maßnahmen durch die Vorlage unterschiedlicher und autonomer verfassungsrechtlicher Initiativen.

Wir müssen damit beginnen, die Zahl der Abgeordneten drastisch zu reduzieren: 400 Abgeordnete und 200 Senatoren. Auf diese Weise wird die Organisation der Arbeit der Kammern einfacher und die Verabschiedung der Gesetze effizienter. Das oberste Prinzip der Vertretung wird dabei in keiner Weise beeinträchtigt, da die Direktwahl in allgemeiner Wahl durch das Volk für beide Teile des Parlaments bestehen bleibt, ohne dabei dessen Funktionen zu beeinträchtigen. Dies wird auch zu erheblichen Ausgabenkürzungen führen, da die Gesamtzahl der Senatoren und Abgeordneten nahezu halbiert wird.

Zudem müssen Mandatsbeschränkungen für Parlamentarier eingeführt werden, um das immer stärker werdende Phänomen des „trasformismo“ (*Anm. d. Üb: Überlaufens zu einer anderen Partei während der Mandatszeit*) zu bekämpfen. Andere, auch europäische Rechtssysteme enthalten Bestimmungen, die darauf abzielen, das Phänomen dieser Abtrünnigen zu verhindern und sicherzustellen, dass die Fraktionen stets Ausdruck der politischen Kräfte sind, und das in der Form, in der sie sich den Wählern präsentiert haben, wie aus Artikel 160 der portugiesischen Verfassung oder den Regeln für die Fraktionen in Spanien hervorgeht.

Unerlässlich ist auch die Stärkung einer wesentlichen Institution der direkten Demokratie, die bereits in unserem Verfassungssystem vorgesehen ist: das abrogative (abschaffende) Referendum. Um die aktive Beteiligung der Bürger am nationalen politischen Leben zu fördern, muss das strukturelle Quorum abgeschafft werden, d.h. die Notwendigkeit, dass die Mehrheit der Stimmberchtigten daran teilnimmt, um die Institution des Referendums effektiv und zwingend zu gestalten. Ein weiteres Ziel dieses Vorschlags besteht darin, im Sinne von Artikel 75 der Verfassung die Stimmenthaltung in irgendeiner Form zu verhindern, die häufig dazu benutzt wird, Menschen zu ermutigen, nicht zu wählen, um Volksabstimmungen zu sabotieren. Zur weiteren Förderung der direkten Beteiligung der Bürger am politischen Leben des Landes unterstützen wir die Einführung des Vorschlags-Referendums, d.h. eines Instruments, das darauf abzielt, die von den Bürgern unterbreiteten und von ihnen gewählten Vorschläge in Gesetze umzusetzen.

Außerdem muss das Parlament verpflichtet werden, seine Stellungnahme zu den Gesetzesentwürfen von Bürgerinitiativen mit einem genauen Zeitplan abzugeben. Für ein besseres Verhältnis zwischen Bürgern und Insti-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO
ITALIEN

Mai 2018

tutionen beabsichtigen wir weiterhin, in Stiftungen einzugreifen, die direkt oder indirekt mit politischen Parteien verbunden sind und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine maximale Transparenz der erhaltenen Mittel und der durchgeführten finanziellen Aktivitäten zu gewährleisten.

Weitere verfassungsrechtliche Fragen sind die Abschaffung des Nationalrats für Wirtschaft und Arbeit, einer Institution, die sich im Hinblick auf die Ziele, für die sie konzipiert wurde, als unwirksam erwiesen hat, und die Verankerung des Grundsatzes der Prävalenz unserer Verfassung gegenüber dem Gemeinschaftsrecht in Anlehnung an das deutsche Modell, unter Beachtung von Artikel 11 der Verfassung.

Die Regierung muss flexibler handeln, um die verschiedenen Konjunkturzyklen wirksam bewältigen zu können, indem eine Anpassung der Regel des ausgeglichenen Haushalts vorgesehen wird, die ein wirksames antizyklisches Handeln des Staates objektiv unmöglich macht.

Was den Regionalismus betrifft, so wird die Verpflichtung darin bestehen, in Anlehnung an Artikel 116 Absatz 3 der Verfassung, das Thema der Verleihung größerer Autonomie an alle Regionen, die dies begründet fordern, als vorrangiges Thema auf die Tagesordnung der Regierung zu setzen. Das wird auch zum baldigen Abschluss der derzeit laufenden Verhandlungen zwischen der Regierung und den Regionen führen. Die Anerkennung weiterer Zuständigkeiten muss auch mit der Übertragung der für eine autonome Ausübung dieser Kompetenzen erforderlichen Mittel einhergehen. Mehr Autonomie muss mit einer größeren Verantwortung vor Ort einhergehen und eine gleichmäßige und gerechte Erbringung von Dienstleistungen für die Bürger, sowie Effizienz und Effektivität der ergriffenen Maßnahmen anstreben. Dieser Prozess der Erneuerung des institutionellen Gefüges soll dem Regionalismus immer mehr Macht übertragen, wobei Region für Region die Logik der variablen Geometrie angewandt wird, die sowohl die Besonderheiten und Eigenheiten der verschiedenen territorialen Realitäten, als auch die nationale Solidarität berücksichtigt und der positiven Energie und den Anregungen aus den Lokalgemeinschaften Raum gibt.

Die notwendigen Transferleistungen an die Gebietskörperschaften müssen gewährleistet und gleichzeitig die von den letzten Regierungen durchgeführte „Kürzungspolitik“ eingestellt werden. Es bleibt noch viel zu tun, um die öffentlichen Entscheidungen den Bürgern näher zu bringen. Ein Weg, der auch in den Artikeln 5 und 118 der Verfassung vorgeschlagen wird, besteht nach dem Subsidiaritätsprinzip in der Übertragung von Verwaltungsaufgaben vom Staat auf die Regionen und dann auf die Gemeinden.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch den Umsetzungsplan der Verfassungsbestimmungen zur Hauptstadt Rom (Art. 114 Cost.) mit dem Staatsrecht neu beleben. Auf diese Weise wird ein neuer Pakt zwischen der Republik und ihrer Hauptstadt sanktioniert, der ihre neue und endgültige Würde wiederherstellt.

Das Modell der „Standardkosten“ sollte auch für regionale und lokale Dienste verwendet werden. Um das Leben der Bürger und Institutionen zu vereinfachen, müssen wir die Zahl der geltenden Vorschriften drastisch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

reduzieren und die Umsetzung der Gesetze sicherstellen. Es ist auch notwendig, den Stand der Umsetzung der einzelnen Bestimmungen und ihre Wirksamkeit zu überwachen, auch durch eine Bestandsaufnahme der konkreten Ergebnisse ihrer Umsetzung.

Insbesondere ist ein „Gesetzes-TÜV“ erforderlich, um zu beurteilen, ob die langfristig erzielten Effekte auch den ursprünglichen Vorschlägen entsprechen und ob gegebenenfalls Änderungen, Ergänzungen oder sogar deren Aufhebung erforderlich sind.

Um die Effizienz der öffentlichen Dienste für die Bürger zu gewährleisten und den beruflichen Fähigkeiten des Personals und der Beamten Raum zu geben, müssen die Verfahren vereinfacht und vereinheitlicht werden und die bestehenden zahlreichen öffentlichen Datenbanken rationalisiert und zusammengelegt werden.

Die Kriterien für die Ernennung von unabhängigen Verwaltungsbehörden müssen vereinheitlicht werden. Das Prinzip der digitalen Staatsbürgerschaft von Geburt an sollte mit freiem Zugang zum Internet für jeden Bürger eingeführt werden. Wichtig ist auch die Einführung eines effizienten Bewertungssystems der Leistungen der Öffentlichen Verwaltung im Allgemeinen, seines Personals und der leitende Beamten, auch durch Mit-einbeziehung der Nutzer.

(...)

SICHERHEIT, RECHTMÄSSIGKEIT UND ORDNUNGSKRÄFTE

Ordnungskräfte

Im Hinblick auf die Polizei müssen vor dem Hintergrund anstehender Personalaufstockungen, der Erneuerung bestehender Verträge und der Neuorganisation der Laufbahnen die zur Verfügung stehenden Mittel erhöht werden.

Die Aufstockung der Mittel ist notwendig, um insbesondere in folgende Ausrüstungen zu investieren: Autos, nicht-tödliche Waffen wie „Taser“ oder „key defender“, sowie kugelsichere Waffen und Westen, die an die mit terroristischen Bedrohungen verbundenen Risiken angepasst sind.

Wer die Sicherheit der Bürger gewährleistet, muss in einer Situation maximalen individuellen Schutzes arbeiten, der das Verletzungsrisiko verringert. Daher ist es unerlässlich, in die Ausbildung und Schulung zur Terrorismusbekämpfung (C.A.T.) für alle Akteure zu investieren, die Tätigkeiten der territorialen Kontrolle ausüben, einschließlich der Einsatzkräfte in den Spezialeinheiten.

Alle Polizisten, die ihren Dienst auf der Straße leisten, müssen mit einer Videokamera auf ihren Uniformen, in den Autos und in den Sicherheitszellen ausgestattet sein. Unter der Kontrolle und Leitung der Datenschutzbehörde und unter der Annahme strenger Vorschriften filmen sie, was während ihres Dienstes, bei Demonstrationen, auf einem Platz und in den Stadien passiert.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

Zudem müssen sämtliche von den Ordnungskräften genutzte Strukturen, sowie die für den Ausbau und die Valorisierung der speziellen Sicherheitseinheiten (Post, Front-End, Straße, Eisenbahn und Schifffahrt) modernisiert werden.

Feuerwehr

Wir schlagen Maßnahmen zur Stabilisierung der Arbeitsbeziehungen, dem Ausbau der Ausbildung und zur Anpassung der Gehälter an das für die Ordnungskräfte vorgesehene Niveau vor.

Örtliche Polizei und Koordinierung mit staatlichen Ordnungskräften

Die Probleme im Bereich der örtlichen Polizei sind auf eine inzwischen überholte Gesetzgebung und die Präsenz von Polizisten auf dem Territorium zurückzuführen, die in nicht homogener Weise verteilt sind. Es wird daher als notwendig erachtet, den lokalen Polizeisektor neu zu organisieren.

Damit die Reform zu positiven Ergebnissen für mehr Sicherheit vor Ort führt, müssen unbedingt folgende Kernpunkte eingeführt werden: Zugang zu den SDI-Datenbanken (Ermittlungssystem); bessere Definition der Aufgaben der örtlichen Polizei; Verpflichtung zur Mindestausrüstung; regionale Gremien für die Koordinierung der städtischen Sicherheit und der örtlichen Polizei mit Unterteilung in große Gebiete; Tarifvertrag. Ziel sollte es sein, die Ausgaben des Sektors von den Haushaltsvorgaben zu entkoppeln.

Cybersicherheit und Bekämpfung von Mobbing

Die Entwicklung des Sicherheitssektors muss auch im Hinblick auf die Cybersicherheit gefördert werden, wobei dem Phänomen des Cyber-Bullying besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist und Instrumente zur Lösung des Problems, insbesondere im schulischen Umfeld, gefunden werden müssen.

Repressive Maßnahmen für Täter und belohnende Maßnahmen für Ankläger müssen eingeführt werden: Verwaltungsstrafen im Schulrecht; eine einzige nationale gebührenfreie Hotline; Belohnungen für Schüler, die Mobbing melden (Stipendien); Videokameras in Schulen.

Glücksspiel

Was das Thema Glücksspiels betrifft, so sind eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung des Suchtphänomens notwendig, das sowohl der Sozial- und Gesundheitsversorgung, als auch der gesunden, realen und produktiven Wirtschaft schweren Schaden zufügt, darunter: ein völliges Verbot von Werbung und Sponsoring; finanzielle Transparenz für Glücksspielunternehmen; Ausstiegsstrategien für Spieler an Spielautomaten (Videolotterie) und starke Beschränkungen für Formen des Glücksspiels mit wiederholten Wetten; die Verpflichtung zur Verwendung einer persönlichen Karte zur Verhinderung von Glücksspielen für Minderjährige; die Auferlegung von Ausgabenbeschränkungen; die Rückverfolgbarkeit von Geldströmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Mafia-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Infiltrationen.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

Eine bessere Regulierung des Phänomens ist erforderlich, einschließlich der Genehmigung zur Installation von Spielautomaten - VLT nur an genau bestimmten Orten (keine Bars, Automaten usw.), Begrenzung der Spielzeiten und Erhöhung des Mindestabstandes zu sensiblen Orten (wie Schulen und Jugendzentren).

Illegale Besetzungen

Daten über illegale Besetzungen deuten darauf hin, dass es etwa 48.000 illegal besetzte Unterbringungen gibt. Für besetzte Wohnungen oder Häuser gibt es keine Katasterregister. Viele davon sind öffentliche Gebäude, ein kleiner Teil sind private Gebäude, was die Zählung erschwert hat.

Im Hinblick auf illegale Besetzer ist es notwendig, den Evakuierungsprozess durch entschlossenes und rechtzeitiges Handeln zu beschleunigen, wenn die Voraussetzungen für einen nachweisbaren Notstand nicht gegeben sind. Die Beurteilung des Notstands obliegt der örtlichen Gesundheitsbehörde und den territorialen Sozialdiensten, die die defizitären psycho-physicalen Bedingungen und die objektive Unfähigkeit des Betreffenden, für sich selbst und möglicherweise für seine eigene Familie den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern, nachweisen müssen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten sind jedoch allein nicht ausreichend um eine illegale Besetzung zu rechtfertigen.

Verkehrssicherheit

Die Mittel für den nationalen Verkehrssicherheitsplan bedürfen einer Aufstockung und die Wirksamkeit der Maßnahmen muss durch die Regionen überprüft werden. Kontrollen mit notwendigen Einschränkungen für ausländische Führerscheine müssen implementiert werden.

Neben Strafsystemen (z.B. Führerscheinpunkte) sollte ein Bonussystem für Fahrer eingeführt werden, die sich nichts zuschulden kommen lassen. (z.B. Rabatt auf die Haftpflichtversicherung oder auf die Kfz-Steuer).

Nomadenlager

Die Ausbreitung der Nomadenlager in den letzten Jahren, die exponentielle Zunahme der von ihren Bewohnern begangenen Verbrechen und die schlechten hygienischen Bedingungen, denen sie ausgesetzt sind, haben dies zu einem ernsten sozialen Problem mit hitzigen Demonstrationen vor allem in den betroffenen Vororten gemacht.

Bis heute leben etwa 40.000 Roma in Nomadenlagern, 60 Prozent davon sind minderjährig. Diese Situation erfordert folgende Maßnahmen: Schließung aller illegalen Nomadenlager in Anlehnung an die Gemeinschaftsrichtlinien, Bekämpfung von Giftbränden, Schulpflicht für Minderjährige, andernfalls droht die Entfernung der Minderjährigen von der Familie oder der Verlust der elterlichen Verantwortung und Sorgepflicht.

In jeden Fall schlagen wir im Einklang mit den Rechtsvorschriften der Europäischen Union, die ein radikales Umdenken in der Verwaltung der Roma-Lager vor.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (...)

AUSLANDSBÜRO
ITALIEN

Mai 2018

DER SÜDEN

In Bezug auf die Regionen des Südens wurde im Gegensatz zur Vergangenheit beschlossen, keine spezifischen Maßnahmen für Süditalien zu treffen, da alle im vorliegenden Vertrag vorgesehenen politischen Entscheidungen (insbesondere in Bezug auf Einkommensbeihilfen, Renten, Investitionen, Umwelt und Schutz des Beschäftigungsniveaus) auf eine homogene wirtschaftliche Entwicklung des Landes ausgerichtet sind, wobei die unterschiedlichen territorialen Bedürfnisse berücksichtigt werden, um die Kluft zwischen Nord und Süd zu überbrücken.

SENKUNG DER POLITISCHEN KOSTEN, DER INSTITUTIONELLEN KOSTEN UND DER „GOLDRENTEN“

Wir halten es für notwendig, bei den entsprechenden Einrichtungen einzutreten, um die Kosten für Politik und Institutionen zu senken und Exzesse und Privilegien zu beseitigen. Das Sozialversicherungssystem (lebenslange Renten oder Pensionen) von Parlamentariern, Regionalräten und allen Mitgliedern und Mitarbeitern von Verfassungsorganen muss wieder an das Sozialversicherungssystem für alle Bürger angepasst werden, auch rückwirkend.

Der Einsatz von Staatskarossen und Staatsflugzeugen sollte ebenso rationalisiert werden wie der Einsatz des Personenschutzdienstes. Im Sinne einer größeren sozialen Gerechtigkeit halten wir es auch für notwendig ein System einzuführen, um die so genannten Goldrenten (über 5.000,00 EUR netto pro Monat) zu reduzieren, die durch die eingezahlten Beiträge nicht gerechtfertigt sind.

(...)

EUROPÄISCHE UNION

Angesichts der in den letzten Jahren aufgetretenen Probleme wird Italien die vollständige Umsetzung der 1992 mit dem Vertrag von Maastricht festgelegten und 2007 mit dem Vertrag von Lissabon bestätigten Ziele fordern, um die für jedes Ziel zu aktivierenden Instrumente zu ermitteln.

Insbesondere wird Folgendes beantragt: a) Festlegung globaler Leitlinien der Regierung für Angebot und Nachfrage mit dem Ziel, „einen ausgewogenen und nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern, der durch die Schaffung eines Raums ohne Binnengrenzen, die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und die Errichtung einer Wirtschaftsunion gekennzeichnet ist“; b) Ausdehnung der bestehenden Satzungen der weltweit führenden Zentralbanken auf die EZB, um eine Währungsunion zu erreichen, die den bestehenden geopolitischen und wirtschaftlichen Ungleichgewichten begegnen kann und mit den Zielen der Wirtschaftsunion vereinbar ist; c) die Bestätigung der vereinbarten Entscheidungen zur „Bekräftigung der europäischen Identität auf der internationalen Bühne“, die nichts mit dem Bild der demokratischen Vorherrschaft eines oder mehrerer Mitgliedstaaten im Widerspruch zu den demokratischen Grundlagen der Union zu tun haben; d) die Um-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

setzung der im Vertrag eingegangenen Verpflichtung zur Einführung der „Unionsbürgerschaft“ als Ausdruck der Gleichheit „der Rechte und Interessen der europäischen Bürger“; e) die Stärkung der bestehenden „engen Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres“; f) die Weiterentwicklung des erforderlichen „gemeinschaftlichen Besitzstand“ (...), um die Entwicklung der Europäischen Union im Bereich Justiz und Inneres, um zu beurteilen (...), inwieweit es notwendig ist, die Politiken und Formen der Zusammenarbeit zu überprüfen (...), um die Wirksamkeit der Gemeinschaftsmechanismen und -institutionen zu gewährleisten“.

Das letztgenannte Ziel erfordert die Stärkung der Rolle und der Befugnisse des Europäischen Parlaments, das als einzige europäische Institution über eine direkte demokratische Legitimität verfügt und die damit einhergehende Entmachtung der europäischen Entscheidungsgremien, die nicht über diese Legitimität verfügen. Wir beabsichtigen auch, die Möglichkeiten zur Entscheidungskoordinierung auf europäischer Ebene mit der lokalen Dimension zu fördern, die territorialen Gebiete durch eine wirksame Vertretung der Regionen besser mit einzubeziehen und die ausschließlichen Zuständigkeiten der Union genau zu definieren, um deren Schlagkraft und Entscheidungsfähigkeit zu stärken. Im Einklang mit den EU-Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit müssen auch die Zuständigkeiten der EU geprüft werden, indem diejenigen, die auf EU-Ebene nicht effizient verwaltet werden können, an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden, während gleichzeitig der Einfluss und die Entscheidungsfähigkeit der EU auf ihren Handlungsspielraum gestärkt werden.

Über die Definition des allgemeinen Rahmens hinaus muss das komplexe System der Marktregeln, das sich im Laufe der Zeit entwickelt hat und nicht den Interessen der Bürger dient, überprüft werden. Das Phänomen des Dumpings innerhalb der Union muss bekämpft und die für die Interessen der Kleinindustrie schädlichen Entscheidungen beseitigt werden, unsere Spitzenprodukte müssen aufgewertet werden, Fälschungen, Markenverletzungen und das In-Umlaufbringen gefälschter Waren müssen verfolgt werden, wobei Verwechslungen zwischen „Made by Italy“ und „Made in Italy“ verboten und die Ursprungserklärung der Produkte vorgeschrieben werden müssen. Der EU-Haushalt sollte im Hinblick auf den bevorstehenden siebenjährigen Programmplanungszeitraum erneut erörtert werden, um ihn mit dem derzeitigen Regierungsvertrag in Einklang zu bringen.

Im Geiste der Rückkehr zu dem ursprünglichen Ansatz, bei dem die europäischen Staaten vom aufrichtigen Wunsch nach Frieden, Brüderlichkeit, Zusammenarbeit und Solidarität beseelt waren, wird es als notwendig erachtet, gemeinsam mit den europäischen Partnern die Struktur der europäischen Wirtschaftsgovernance (Geldpolitik, Stabilitäts- und Wachstumspakt, Fiskalpakt, ESM, Verfahren für übermäßige makroökonomische Gleichgewichte usw.) zu überprüfen. Diese ist derzeit asymmetrisch und basiert auf der Grundlage der Marktbeherrschung über die allgemeine wirtschaftliche und soziale Dimension. Schließlich werden wir uns dafür einsetzen, die negativen Auswirkungen der Bolkestein-Richtlinie auf die nationalen Interessen zu überwinden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

Was Ceta, MESChina, TTIP und Verträge gleicher Prägung betrifft, so werden wir uns allen Aspekten widersetzen, die eine übermäßige Schwächung Bürgerrechtsschutzes, sowie eine Verletzung des fairen und nachhaltigen Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt mit sich bringen.

Die Union muss ausdrücklich anerkennen, dass Italien eine geografische Außengrenze darstellt, die angemessen geschützt werden muss, um den Grundsatz des freien Personen- und Warenverkehrs gewährleisten und bewahren zu können. Insbesondere beabsichtigen wir, die Mechanismen für die Verwaltung von EU-Mitteln, die Italien vorab zugewiesen wurden, zu reformieren.

UNIVERSITÄTEN UND FORSCHUNG

In den letzten Jahren hat sich unser Land auf europäischer Ebene durch einen kontinuierlichen Rückgang der Investitionen im Bereich unseres Hochschul- und Forschungssystems ausgezeichnet. Eine Trendwende erscheint daher dringend notwendig. Die Aufstockung der Mittel für Universitäten und Forschungseinrichtungen und die Neudeinition der Kriterien für ihre Finanzierung sind eine Priorität.

Das Hochschulsystem und die Forschungswelt müssen stärker in die kulturelle, wissenschaftliche und technologische Entwicklung unseres Landes einbezogen werden und dazu beitragen, die zu erreichenden Ziele aufzuzeigen und mehr mit dem gesamten Land zu interagieren. Es wird daher von wesentlicher Bedeutung sein, den dritten Auftrag der Universitäten durch ihre Interaktion mit anderen Forschungszentren und der Gesellschaft umzusetzen. Durch eine ständige Abstimmung mit der Investitionsbank können wir mehr Mittel zur Steigerung unseres Innovationsniveaus sicherstellen, sie effektiv einsetzen und Verschwendungen vermeiden. Wir beabsichtigen auch, den Einsatz von öffentlich-privaten Partnerschaften zu fördern, die einen größeren Beitrag für Forschungsmittel erbringen. Gerade Wissenszentren, Universitäten und Forschungszentren müssen nicht nur die Grundlagenforschung gewährleisten, sondern auch dazu beitragen, das italienische Produktionssystem wettbewerbsfähiger und offener für die Förderung von Tätigkeiten mit hohem technologischen Wert zu machen.

Auch eine Reform des Systems der hohen künstlerischen, musikalischen und tanzkünstlerischen Bildung (AFAM) steht an; damit wird eine Branche gefördert, die für Italien von großer historischer und kultureller Bedeutung ist. Das Lehrerkollegium muss den hohen Ansprüchen gerecht werden und ethisch einwandfrei sein. Das Einstellungssystem muss reformiert werden, damit es leistungsorientiert, transparent und auf die wissenschaftlichen und pädagogischen Bedürfnisse der Universitäten abgestimmt ist und eine regelmäßige Dozentenfluktuation gewährleistet ist.

Die Einführung neuer Normen sollte gefördert werden, damit so viele Studenten wie möglich Zugang zu den besten Studienleistungen haben. Dazu gehören die Notwendigkeit, die Instrumente und Ressourcen für das Recht auf ein Studium zu erweitern und damit den Anteil der Absolventen in unserem Land, der derzeit zu den niedrigsten in Europa zählt, zu erhöhen, sowie die Überprüfung des Zugangssystems zu Studiengängen mit Numerus Clausus. Dies soll durch die Annahme eines Modells erfolgen,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

das geeignete Verfahren zur Überprüfung der tatsächlichen Fähigkeiten der Studenten und die Möglichkeit einer korrekten Bewertung gewährleistet. Wir werden die Anzahl der Studierenden mit Anrecht auf Befreiung von den Studiengebühren erhöhen, dem sogenannten „No-Tax-Bereich“. Der technisch-beruflichen Ausbildung kommt dabei eine ganz besondere Bedeutung zu. Hier geht es darum, das System der berufsbildenden Hochschulabschlüsse und das der ITS (Higher Technical Institutes) zu harmonisieren, um die Zahl der Studenten in diesen tertiären Ausbildungsgängen zu erhöhen. Einschneidende Maßnahmen sind bei der didaktischen und insbesondere der digitalen Innovation notwendig. Das Online- und Telematik-Ausbildungsangebot der staatlichen Hochschulen wird durch gezielte Fördermittel ausgebaut und das Ausbildungsangebot der privaten Telematik-Universitäten besser geregelt.

Unter der derzeitigen schwierigen Situation des italienischen Systems leiden hauptsächlich auch die Mitarbeiter unserer Universitäten und Forschungseinrichtungen. Trotz der Schwierigkeiten und der begrenzten Ressourcen konnte unser System insgesamt hervorragende Ergebnisse erzielen. Es geht nun darum, die finanziellen Mittel aufzustocken, um die Situation unserer Lehrkräfte und wissenschaftlichen Mitarbeiter zu verbessern, angemessene Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die prekäre Situation zu überwinden, die in den letzten Jahren die Hochschul- und Forschungswelt zunehmend in Mitleidenschaft gezogen hat.

Wir beabsichtigen, mit Instrumenten einzutreten, um insbesondere die Universitäten zu befreien, in denen die sogenannte „Barone“ immer noch stark vertreten ist, die Ressourcen und Personal unrechtmäßig ausbeuten. Für eine tatsächliche Wiederbelebung unserer Universitäten müssen wirklich leistungsorientierte Systeme gewährleistet werden, die allen offen stehen, die ihre Universitätskarriere fortzusetzen wollen, ohne dass sie befürchten müssen, dass ihre Möglichkeiten durch die unzulässige Machtausübung anderer beschnitten werden. Es muss ein verbindliches Kontrollsystem eingeführt werden, mit dem überprüft werden kann, inwieweit die Dozenten ihren Aufgaben in der Didaktik, der Forschung und dem Tutoring den Studenten gegenüber nachkommen. Innovation und kompetentes Humankapital sind in der Wissensgesellschaft unerlässlich, um alle Regionen, auch die Randgebiete oder Bergregionen, die in unserem Land reich vertreten sind, wettbewerbsfähig zu machen. Diese Gebiete verlangen aufgrund ihrer geographischen und sozioökonomischen Besonderheit besondere Aufmerksamkeit, auch die der Hochschul- und Forschungswelt. Dabei geht es sowohl um die Definition von maßgeschneiderten Entwicklungsmodellen, als auch um die Entwicklung innovativer und technologischer Ausbildungsmaßnahmen, um Wissensverbreitung, um innovative und technologische Modelle zur Wertschöpfung spezifischer Ressourcen. Daher werden sämtliche Erfahrungen, Ausbildungs- und Forschungsaktivitäten, die in diese Richtung gehen, gefördert, verbessert und ausgebaut.

Die Vereinfachung der Universitätsrechtsvorschriften durch einen Einheitstext kann nicht länger aufgeschoben werden. Notwendig sind Anpassungsmaßnahmen in der Verwaltung des Universitätssystems und innerhalb der Universitäten und die Rolle der ANVUR (Nationale Agentur für die Bewertung des Universitätssystems und der Forschung) muss neu gestaltet werden, um es zu einem Instrument für die Regierung (und nicht der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ITALIEN**

Mai 2018

Regierung) zu machen. Weiterhin geht es darum, schnellstmöglich zu bestimmen, wer an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden soll, angefangen bei dem CUN, dem gewählten Gremium, das die Hochschulwelt vertritt.

Heute führen die italienischen öffentlichen Forschungseinrichtungen (EPR) wesentliche Aktivitäten für die Entwicklung von Forschung und Innovation in unserem Land durch. Das italienische Modell ist jedoch äußerst fragmentiert. Zudem mangelt es an der Koordinierung zwischen den Einrichtungen und deren Einbeziehung in Fragen von absoluter strategischer Bedeutung für die Entwicklung des Landes. Zur Koordinierung und strukturellen Zusammenführung der einzelnen Forschungseinrichtungen und -zentren wird eine Nationale Forschungsagentur eingerichtet.

Imprint

Konrad-Adenauer-Stiftung in Italy
Director
Caroline Kanter

Corso del Rinascimento, 52
00186 Roma/Italia
www.kas.de/italien

Translation of the coalition agreement:
Benita von Engel Benita
contact: ben.vonengel@tiscali.it



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

The promotion of the exchange of opinion and knowledge on political issues between Germany and Italy is a primary goal of the KAS in Rome. The series of publications "An Italian Perspective" aims at making a contribution to an open discussion and providing selected Italian authors with a forum. The Konrad-Adenauer-Stiftung does not hold itself responsible for statements made by the author. Statements or opinions expressed in the text reflect the views of the author and do not reflect official policy of the foundation unless stated as such.